

Chilenische Regierung verlängert Ausnahmezustand im Süden

Valparaíso. Angesichts der anhaltenden gewaltsamen Proteste im Süden von Chile hat die Regierung den Ausnahmezustand in der Region erneut verlängert. Der Senat des südamerikanischen Landes stimmte der siebten Verlängerung am Dienstag zu. Damit dürfen die Streitkräfte in den Provinzen Biobío, Arauco, Malleco und Cautín weiterhin die Polizei unterstützen.

Im Süden Chiles kommt es immer wieder zu Brandanschlägen auf Häuser und Fahrzeuge und bewaffneten Angriffen auf Forstarbeiter und Polizisten. Für die Angriffe werden von offizieller Seite teilweise radikale Gruppen vom indigenen Volk der Mapuche verantwortlich gemacht, die seit Jahrzehnten für die Rückgabe ihrer Ländereien kämpfen. Zuletzt waren aber offenbar auch Drogenhändler und Holzdiebe in die Auseinandersetzungen verwickelt.

Während der Amtszeit des konservativen Präsidenten Sebastián Piñera hatte die Linke den Ausnahmezustand stets kritisiert und einen Dialog mit den Mapuche gefordert. Doch auch die jetzige linksgerichtete Regierung von Präsident Gabriel Boric verlängerte den Ausnahmezustand schon mehrfach.

»Uns ist völlig bewusst, dass der Ausnahmezustand nicht die Lösung sein kann«, sagte Innenministerin Carolina Tohá nun bei der Abstimmung im Senat. »Aber wenn Chileninnen und Chilenen in Angst leben, nicht in ihre Häuser können, Schüsse hören und die Polizei nicht kommt, müssen wir auf dieses Instrument zurückgreifen.« (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/434983.chilenische-regierung-verlaengert-ausnahmezustand-im-sueden.html>